



DIE UKRAINE NACH DEN WAHLEN

■ KOMMENTARE

- | | |
|--|---|
| Verdienen ukrainische Eliten ein solches Wahlvolk?
Stefanie Harter, Moskau | 2 |
| Zentrale Trends der politischen Entwicklung
Rainer Lindner, Berlin | 3 |
| Stabiles Parteiensystem, stabile Demokratie?
Dieter Segert, Wien | 4 |
| Die Demokratie siegt – die Unsicherheit über die Zukunft bleibt
Gerhard Simon, Bonn | 5 |
| Im Zickzack gen Europa: Zur Rolle der jüngsten Wahlen in der
Nationalstaatsbildung und Demokratisierung der Ukraine
Andreas Umland, Kiew | 6 |

■ DOKUMENTATION

- | | |
|------------------|---|
| Das Wahlergebnis | 8 |
|------------------|---|

■ CHRONIK

- | | |
|-----------------------------|----|
| Vom 8. bis 22. Oktober 2007 | 10 |
|-----------------------------|----|

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 13.11.2007.

Thema werden die russisch-ukrainischen Beziehungen sein.



Kommentare

Verdienen ukrainische Eliten ein solches Wahlvolk?

Stefanie Harter, Delegation of the European Commission to Russia, Moskau

Einleitung

Beobachtungen, die ich im Rahmen einer OSZE-Wahlbeobachtungsmission in der Zeit vom 26.9 bis 3.10.2007 machte, haben den Blick auf äußerst engagierte Menschen freigelegt. Im *oblast'* Nikolajew waren es zumeist Frauen, die dafür Sorge trugen, dass nun fünf Parteien im Wettbewerb in der *Werchowna Rada* vertreten sind. Die Wähler, die hier mit einer Wahlbeteiligung von 54 Prozent abstimmten, haben noch immer die Hoffnung, dass ihre Anliegen entsprechend in Kiew vertreten werden. Dies verändert den Blick auf die politischen Ereignisse in der Ukraine. Die Wahlen waren gut organisiert und – zumindest am und um den Wahltag herum – fair. Das Argument, dass man oft in Russland hört, nämlich, dass das Volk für eine funktionierende Demokratie nicht reif sei, wurde durch diese Wahl entkräftet. Vielmehr stellt sich die Frage, wie lange die politischen Eliten sich noch auf einen so verlässigen Demos verlassen können.

Wer öfters wählt, der weiß Bescheid

Gegen drei Uhr morgens, in der Nacht vom 30. September 2007 zum 1. Oktober 2007 bildet sich eine große Menschentraube vor dem Eingang zum Distriktwahlkomitee (DEC) in Snegeriewka, im *oblast'* Nikolajew. Die Vorsitzenden örtlicher Wahlkommissionen (PEC), sekundiert von der Kommissionssekretärin, einem weiteren Vertreter der Wahlkommission und zwei Milizionären, wollen ihre Wahlunterlagen abgeben und das dazugehörige Wahlprotokoll dem Distriktwahlkomitee vorlegen. Wer nicht zum ersten Mal ein Wahlkomitee leitet, der weiß, dass es sich lohnt, bereits im Vorfeld eine Person zum Schlangestehen abzukommandieren. Ansonsten kann es bis in den frühen Morgen dauern, bis die Unterlagen abgegeben sind und der Empfang registriert ist. Doch dies sind organisatorische Feinheiten.

Verantwortungsbewusst und genau

In den drei vorherigen Wochen mussten Wahlkommissionen ihre im Schnitt etwa 1500 Wähler umfassenden Wahlkreise informieren, Wahlkabinen zimmern, die Einladungen zur Wahl verschicken, Fragen der Wähler beantworten, das Wahlgesetz studieren, und – vor allem, Wählerlisten aktualisieren. Letzteres war in diesem Jahr eine besondere Herausforderung: Es wurden die Wahllisten von 2006 benutzt, mit zusätzlichen Daten von Steuerbehörden und Passämtern. Einzelne Ar-

beitsgruppen waren beauftragt, die Datensätze zusammenzusetzen. Gleichzeitig aber hatten diese Arbeitsgruppen anscheinend nicht die rechtliche Befugnis, die neu entstandenen Listen auch zu bereinigen. Doppelnennungen kamen ebenso häufig vor wie Unterlassungen. Frisch Vermählte, oder in diesem Jahr volljährig gewordene Wähler wurden nicht immer in die Listen aufgenommen. Zwar haben die Wahlkommissionen das Recht, technische Veränderungen in den Listen vorzunehmen. Was aber genau eine technische Veränderung ist, kann unterschiedlich interpretiert werden. Und so passierte es, dass einige Wähler wieder nach Hause geschickt wurden, weil sie nicht in den Listen vorkamen, und dies, obwohl sie persönlich bekannt waren.

Außerdem wurde in verschiedenen Gebieten unterschiedlich mit der – erst am Samstag vor der Wahl – als nicht rechtskonform abgelehnten Auflage umgegangen, die Informationen der Grenzkontrollen in den Wahllisten zu verwenden. Ukrainer, die bereits vor einiger Zeit das Land verlassen hatten, aber dennoch in der Ukraine gemeldet sind, sollten aus dem Wahlregister gestrichen werden, um so einem möglichen Missbrauch entgegenzuwirken. Die notwendigen Informationen hierzu sollten die Grenzbehörden liefern. In einigen Gebieten wurden auf Grund dieser Informationen Wähler als nicht stimmberechtigt deklariert – zu Unrecht, wie gerichtlich am 29. September entschieden wurde. Da war es aber zu spät, die Namen wieder in die Wählerlisten aufzunehmen. Listen durften nur bis zum 24. September ergänzt werden.

Dies mögen im Kontext der großen politischen Verhandlungen nur Kleinigkeiten sein. Für die Mitglieder der Wahlkommissionen hingegen waren dies wesentliche Fragen. Die Kommissionsmitglieder, Vertreter der verschiedenen Parteien, waren bisweilen unerfahren und daher besonders bemüht, das Gesetz metikulös zu befolgen. Zu groß war die Sorge, wegen technischer Fehler des Wahlbetrugs angeklagt zu werden. Gerade in ländlichen Gebieten, in denen man sich kennt, fühlte man sich besonders verantwortlich für eine technisch genaue Abwicklung der Wahl. Stimmen werden mit dem Abakus gezählt und die Wahlprotokolle noch von Hand ausgefüllt. Letzteres ist in den Stunden nach 22 Uhr, als die Wahllokale geschlossen wurden, vermutlich die zeitintensivste Arbeit. Jedes Kommissionsmitglied und jeder anwesende Wahlbeobachter hat Anrecht auf den Erhalt eines Protokolls. Dies kann bedeuten, dass

etwa 40 bis 50 Protokolle ausgefüllt und unterschrieben werden müssen.

Die genaue Befolgung der Vorgaben führt zu einer strikten Auslegung des Wahlgesetzes. Recht viele Kommissionsvorsitzende wurden in der Wahlnacht wieder zurück geschickt, weil technische, nicht immer inhaltliche, Mängel im Protokoll konstatiert wur-

den. Diese Mängel konnten aber nur im Beisein aller Kommissionsmitglieder behoben werden. Die wiederum waren längst zu Hause und nicht einfach zu erreichen. Die Korrekturen, und dementsprechend die endgültigen Auszählungen, haben sich demnach bis zum Montag hingezogen.

Zentrale Trends der politischen Entwicklung

Dr. Rainer Lindner, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Folgende Trendscharfungen zeichnen sich inzwischen im politischen System der Ukraine ab: *Erstens*: Nach 15 Jahren Unabhängigkeit entwickelt sich mit dem Block Timoschenko (BJUT) eine erste gesamtstaatliche Partei in der Ukraine. Von 2002 bis 2007 wuchs die Zustimmung von 7 % auf 30 %. Während die Partei der Regionen (PdR) Stimmen einbüßte und ihre regionale Präsenz nur geringfügig ausdehnen konnte, gewann BJUT in 16 von 26 Regionen des Landes (und der Hauptstadt Kiev) die meisten Stimmen. BJUT erreichte selbst im Südosten – im bisherigen Stammland der PdR – zwischen 15 und 25 % der Wählerschaft.

Zweitens: Das Parteienspektrum der Ukraine hat sich insgesamt stabilisiert. Die heutigen politischen Kräfte sind seit 2002 im Parlament unter gleichem oder ähnlichem Namen vertreten. Die PdR war aus der Kutschma-Bewegung »Für eine geeinte Ukraine« hervorgegangen. Der Trend zur Ausbildung eines Zweiparteiensystems hat sich weiter verstärkt. Die PdR und BJUT konnten ihre Stimmenanteile im Vergleich zu 2006 prozentual steigern: um 2 % bzw. 7 %. Dagegen müssen die Kunstprodukte und Splitterparteien die politische Bühne des Parteienwildwuchses nach und nach räumen. Zugleich hat die Fokussierung der Medien auf die großen Parteien dazu geführt, dass lediglich sieben Parteien über 1 % der Wählerstimmen hinaus kamen.

Drittens: Die neo- bzw. postsowjetische Linke verabschiedet sich aus der Geschichte in die Geschichte. Im Vergleich mit dem Jahr 2002 fiel die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) um Petro Simonenko von 20 % auf 5 % zurück, die sozialistischen Gefolgschaften haben nach mehrfachem Frontwechsel (Olexander Moroz) und gescheiterten Moskauer Spaltungsaufträgen (Natalija Witrenko) aus Sicht des Wahlbürgers im Parlament nichts mehr zu suchen; Stimmenverlust und Stimmenwanderung der Sozialisten dürfte den Kommunisten letztmalig Einzug in die Rada verschafft und ein schlechteres Abschneiden der PdR verhindert haben.

Viertens ist eine Stagnation der Präsidentschaftspartei Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes (UU-SV) zu beobachten, die nur durch die Spitzenkandidatur des vormaligen sozialistischen Innenministers Juri Luzenko und das wirtschaftsnahe Agieren des Leiters des Präsidentschaftssekretariats, Viktor Baloha, vor einem größeren Wahldebakel bewahrt worden ist.

Fünftens: Der Einzug des Volksblockes Litwin (VBL) des vormaligen Präsidentschaftssekretärs unter Kutschma und Parlamentssprechers (2002–2006) ist ein ambivalentes Wahlergebnis: einerseits löst Litwin die Moroz-Sozialisten als »vierte Kraft« im parlamentarischen Raum ab, zugleich verdeutlicht dieses politische Comeback eine Sehnsucht eines Teils der Wählerschaft nach der vermeintlichen Stabilität der Kutschma-Jahre im Kontrast zur politischen Unübersichtlichkeit und des politischen Streits der postrevolutionären Ukraine. Litwin suchte mit den Begriffen »Volkstum, Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit« seine Wählerschaft zu überzeugen und warb dabei um Stimmen aller Lager, nicht zuletzt aus dem Lager der Sozialisten. Litwin propagierte die Erhöhung der Gesundheitsausgaben des Staates um »nicht weniger als 5 % ihres bisherigen Umfangs«. Außerdem gab er das Ziel aus, die Volkswirtschaft um nicht weniger als 10 % pro Jahr wachsen zu lassen.

Sechstens: Die PdR ist unter Premier Janukowitsch entzaubert worden. Sie konnte zwar die meisten Stimmen bei den vorgezogenen Wahlen auf sich vereinigen, aber am Ergebnis in absoluten Zahlen lässt sich ablesen, dass neben der UU-SV auch die PdR zu den Verlierern des Urnengangs gehört. Die Partei, die in den vergangenen Monaten in Regierungsverantwortung auf zentraler wie auf lokaler Ebene stand, ist von den Realitäten des Alltags eingeholt worden. Janukowitsch und zahlreiche Gouverneure aus der PdR haben seit der gewonnenen Parlamentswahl vom 26. März 2006 immer weniger die regionale Identität des Ostens flächendeckend bedienen können.

Siebtens: BJUT setzt auf das Konzept des territorialen Nationalismus. Anders als die ausschließlich uk-

rainisch sprechende UU-SV, die mit Themen wie der ukrainischen Sprache, der Kultur und Geschichte den Bürgern im russischsprachigen Osten oder auf der Krim noch immer nicht wählbar erschienen waren, nutzte Timoschenko die territoriale Identität der Wähler, warnte in Charkiv, Donezk oder Dnipropetrowsk vor dem wachsenden Einfluss des russischen Kapitals auf dem ukrainischen Markt in Gestalt des Gaszwischenhändlers Rosukrenergo. Ihre Botschaft richtete sich an die Staatsbürger der Ukraine, nicht an die Ukrainer als Nation. Der Antrag auf Mitgliedschaft, den die Partei am 1. Oktober 2007 bei der Europäischen Volkspartei gestellt hat, verdeutlicht außerdem, dass Julia Timoschenko ein Bündnis mit den europäischen Konservativen sucht und die sich ausbildende Mittelschicht

in der Ukraine als ihre künftige Stammwählerschaft im Blick hat.

Tabelle: Gewinne und Verluste der großen Parteien in absoluten Zahlen

Partei/ Block	2006	2007	Differenz
UU-SV	3.539.140	3.301.012	- 238.128
BJUT	5.652.876	7.162.174	+1.509.298
PdR	8.148.745	8.013.918	- 134.827

[Eine ausführlichere Version des vorliegenden Kommentars wird in Heft 11 der Zeitschrift OSTEUROPA erscheinen.]

Stabiles Parteiensystem, stabile Demokratie?

Univ.Prof. Dr. Dieter Segert, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Wien

Für die Wahlen zur Werchowna Rada war in der Ukraine vor 2006 eine sehr hohe Fluktuation der Wählerschaft von ca. 30 % charakteristisch. Bei den Wahlen 2006 und 2007 liegt sie bei 8,5 %. Ist daraus zu schlussfolgern, dass sich das ukrainische Parteiensystem grundlegend stabilisiert hat? Da ein stabiles, funktionsfähiges Parteiensystem eine wichtige Bedingung für eine funktionsfähige repräsentative Demokratie ist, wäre das eine gute Nachricht.

In den letzten Jahren hat das Gewicht der Parteien innerhalb des Entscheidungsprozesses gemessen an den rechtlichen Regelungen zugenommen. Wahlrechtsänderungen (beginnend mit den Wahlen 1998), das Parteiengesetz und die (seit 2005 mögliche) staatliche Parteienfinanzierung, sowie die bekannte Verfassungsreform, die 2006 in Kraft trat, welche die Parlamentarisierung des Regierungssystems deutlich vorangetrieben hat, führten dazu. Das Problem ist allerdings, dass auf diesen Wegen weniger die Parteien als demokratische Institutionen an Gewicht gewonnen haben, als mehr die jeweiligen Parteiführungen an realer Macht.

Ich kann hier dazu nicht ausführlich argumentieren, will aber zumindest meine wichtigsten Argumente skizzieren: Erstens, viele der Konflikte, die sich im »Orangen Lager« seit Anfang 2005 zeigten, entstanden aus persönlichen Ambitionen des Führungspersonals. Das war etwa der Fall in der Krise des Herbstes 2005, die zur Ablösung der ersten Regierung Timoschenko führte, aber auch im Sommer 2006, beim Wechsel des Vorsitzenden der Sozialisten, Moros, in das gegnerische Lager. In beiden Fällen spielten aber bekanntlich nicht nur die Ambitionen der bezeichneten Personen eine Rolle, sondern auch ebensolche Ambitionen bei der ande-

ren Orange-Partei, »Unsere Ukraine«. Diese Vorherrschaft der persönlichen Ambitionen der Führer (oder Führerinnen) verweisen schon an sich auf eine Schwäche der formellen Konfliktregelungsmechanismen und der formellen Institutionen insgesamt.

Zweitens, auch in diesen Konflikten innerhalb des in unserer Öffentlichkeit hochgeschätzten »demokratischen Lagers« spielten die Verflechtungen zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht, die so genannten »Oligarchen«, eine wichtige Rolle. Oligarchen und ihren ambivalenten politischen Einfluss gibt es eben nicht nur im Handeln der »Partei der Regionen«.

Drittens, alle Gruppierungen der politischen Elite schätzen Rechtsstaatlichkeit, die Unabhängigkeit der Gerichte und die Bedeutsamkeit der formellen Konfliktregelungsmechanismen, gering. Dieser Rechtsnihilismus der politischen Elite verstärkte insbesondere in der Krise um die vorfristige Auflösung des Parlaments die Entfremdung der politischen Klasse von der Gesellschaft.

Viertens, ist es für die Stabilität von Parteien als Institutionen wichtig, ob es innerhalb der Parteien stabile institutionelle Beziehungen zwischen oben und unten gibt, also sich so etwas wie eine innerparteiliche Demokratie entwickelt. Dafür ist natürlich die Frage, wer über die Wahllisten bestimmt, entscheidend. Bei den beiden Wahlen nach Ende 2004 zeigte sich, dass über den Platz auf der Parteiliste und somit die Chance auf Wahl die Beziehungen zu den jeweiligen Parteiführungen die zentrale Rolle spielen. Diese innerparteilichen Aspekte spielen auch für die Beziehungen zwischen Parteien und Bürgergesellschaft eine Rolle. Unter den Bedingungen des Übergangs zur reinen Listen-

wahl sind die Abgeordneten so noch weniger von ihren konkreten Wählerschaften abhängig. Real hängen sie hingegen von der Führung der Parteien ab, die festlegt, wer einen aussichtsreichen Platz auf der Liste bekommt, und wer nicht.

Es gibt natürlich auch positive Entwicklungen innerhalb des Parteiensystems, ich will nur auf eine hinweisen, die Verringerung der Spaltungslinien zwischen den »beiden Ukrainen« in den Wahlen 2007, sowohl BJUT als auch PdR haben im Wahlgebiet des jeweilig anderen Partners gegenüber 2006 zulegen können: für Janukowitsch trifft das in der zentralen Ukraine, für Timoschenko im Süden und in Teilen des Ostens zu. Der Trend zur Bildung zweier Blöcke, die dabei sich partiell überschneidende Wahlgebiete haben, hat zugenommen. Warum das so ist, bedürfte einer genaueren Analyse.

Die Grundtendenz ist, wie gesagt, anders: das Grundproblem der »Vor-Orange-Zeit« ist auch nach 2005 nicht überwunden. Es gibt ein zu großes Gewicht

der informellen Regeln gegenüber den formellen Institutionen. Meine These ist also zusammengefasst, dass ungeachtet der institutionellen Stärkung der Rolle von Parteien seit 2005 gerade nicht die Parteien als Institutionen der Repräsentanz der Bürgergesellschaft gestärkt worden sind. Politische Parteien agieren in der Ukraine weiterhin als »personenzentrierte Elitennetzwerke« und somit als Machtmittel einer kleinen, von der Bevölkerung relativ isolierten Elite. Was D'Anieri kürzlich – allerdings für die Zeit vor 2004 – formulierte, »in Ukraine much of what is obviously important happens outside of formal institutions and in contradiction to the formal rules«, das gilt bisher auch für die Zeit seither.

Dieter Segert arbeitet gegenwärtig in einem Projekt zur »(Re)Integration der Ukraine nach Europa« (Leitung J. Besters-Dilger) mit. Informationen zum Projekt finden sich im Internet unter

<http://www.univie.ac.at/reintegration/index.php>

Die Demokratie siegt – die Unsicherheit über die Zukunft bleibt

Prof. Dr. Gerhard Simon, Lehrbeauftragter am Institut für Politik und Soziologie der Universität Bonn

Entgegen vielfacher Skepsis war die Parlamentswahl ein Sieg der Demokratie und das in mehrfacher Hinsicht. Es war der dritte Wahlgang in Folge seit Dezember 2004, der von den internationalen Wahlbeobachtern als fair und frei eingestuft worden ist. Keine andere Wahl im GUS Raum ist in den vergangenen Jahren von den westlichen Wahlbeobachtern mit diesen Prädikaten ausgezeichnet worden.

Die Parlamentswahlen brachten einen Sieg der demokratischen Parteien. Die Wahlblöcke Julia Timoschenko (BJUT) und Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes bezeichnen sich als »demokratische Parteien«, wohl auch um die Enttäuschung über die Orange Revolution hinter sich zu lassen. Beide Gruppierungen wollen zusammen eine Mehrheitskoalition im Parlament und die neue Regierung bilden.

Die Wahl war aber auch insofern ein Sieg der Demokratie als alle politischen Kräfte das Wahlergebnis anerkennen. Ministerpräsident Janukowitsch und seine Partei der Regionen bezeichneten sich nach der Wahl zwar auch als Sieger, weil sie 2,2 % der Stimmen hinzugewonnen haben und nach wie vor mit 34,4 % und 175 Abgeordneten die stärkste politische Kraft sind, aber sie stellen sich doch zähneknirschend auf die Rolle der zukünftigen Opposition ein, wenn denn die demokratischen Kräfte zusammenhalten und sich nicht auseinanderdividieren lassen werden.

Es ist auch ein Sieg der Demokratie, weil das extrem unterschiedliche Wählerverhalten in den Regio-

nen des Landes Zeichen der Entkrampfung zeigt. Zwar sind die großen politischen Parteien nach wie vor in erster Linie regional verwurzelt, aber die Grenzen sind durchlässiger geworden. BJUT und Unsere Ukraine haben in vielen Gebieten im Osten und Süden Stimmen hinzugewonnen und die Partei der Regionen im Westen und im Zentrum. Die demokratischen Parteien konnte z. B. ihren Stimmenanteil im Gebiet Charkiw gegenüber der Wahl vom März 2006 von 18,6 % auf 24,5 % steigern und im Gebiet Odessa von 16,3 % auf 20,2 %. Umgekehrt legte die Partei der Regionen im Gebiet Winniza von 8,1 % auf 12,5 % und im Gebiet Sumi von 10,9 % auf 15,7 % zu.

Eindeutiger Wahlsieger ist BJUT, d. h. Julia Timoschenko persönlich, die ihren Stimmenanteil um 8,4 % und damit um weit mehr als alle anderen politischen Gruppierungen steigern konnte. BJUT gewann nicht nur prozentual Stimmen hinzu, sondern auch hinsichtlich der absoluten Zahl der Wähler. Die beiden anderen großen Parteien verloren in absoluten Zahlen Wählerstimmen. Julia Timoschenko fordert seit Jahren konsequent den Wandel, Reformen und Aufbruch. Der ukrainische Wähler hat also deutlich gemacht, dass er nicht den status quo, sondern Veränderungen will.

Allerdings gaben nur 30,7 % der Wähler BJUT ihre Stimme. Eine mögliche Mehrheitskoalition mit Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes wird über 228 von 450 Abgeordneten im Parlament verfügen. Wird

diese hauchdünne Mehrheit angesichts der notorischen Unzuverlässigkeit und weit verbreiteten Käuflichkeit innerhalb der politischen Klasse ausreichen, um die dringend notwendigen Reformen anzupacken und eine gewisse Stabilität und Berechenbarkeit der ukrainischen Politik zu sichern?

Etwas Weiteres kommt hinzu: Ganz oben auf der Agenda notwendiger Reformschritte stehen Verfassungsänderungen. Die hastig und handwerklich miserabel gearbeitete Verfassungsrevision vom Dezember 2004 hat sich als unzureichend und unpraktikabel erweisen und wesentlich zur Krise des Jahres 2007 beigetragen. Alle politischen Kräfte sind sich über die Notwendigkeit von Änderungen an der Verfassung einig, inhaltlich gehen die Vorstellungen allerdings weit auseinander. Verfassungsänderungen setzen eine zwei Drittel Mehrheit im Parlament voraus. Ohne Einbindung der Partei der Regionen gibt es also keine Aussicht auf Erfolg.

Präsident Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko sind zum Entgegenkommen bereit und auch dies markiert einen Fortschritt gegenüber der ersten orangen Regierung im Januar 2005, als kein Versuch gemacht wurde, die damaligen Wahlverlierer Janukowitsch und die Partei der Regionen durch Angebote zur Zusammenarbeit einzubeziehen. Frau Timoschenko hat jetzt der Partei der Regionen als Opposition eine Art Mitregierung vorgeschlagen: Übernahme des Postens eines stellvertretenden Ministerpräsidenten und der Funktionen von stellvertretenden Ministern. Ob dies jedoch praktikabel und im Sinne der Demokratieförderung ratsam ist, muss bezweifelt werden. Es ist wie so häufig die Tendenz, von einem Extrem ins andere zu verfallen: vom Nullkompromiss zu einer Konsensdemokratie nach Schweizer Muster, wozu in der Ukraine alle Voraussetzungen fehlen.

Ob und wie die Partei der Regionen in die zukünftige politische Arbeit einbezogen werden kann, wird

jedenfalls mitentscheiden über den Erfolg einer möglichen Regierung Timoschenko. Es gibt Elemente für Gemeinsamkeiten: Wirtschaftsreformen, Steuerreform, Dezentralisierung und Verwaltungsreform innerhalb der Ukraine, Annäherung an die EU, Vermeidung des Topos Beitritt zur Nato. Andererseits hat sich Frau Timoschenko stets durch eine große Hartnäckigkeit und Prinzipienfestigkeit ausgezeichnet. Sie wird und muss Anstrengungen zur Bekämpfung der Korruption unternehmen, sie wird und muss versuchen, Licht in das undurchdringliche Dunkel der Gasgeschäfte mit Russland zu bringen und überhaupt mehr Transparenz im Verhältnis von Politik und Wirtschaft durchzusetzen. Damit wird sie die durch Dollarmillionen zementierten Interessen der Lobbys gefährlich herausfordern, die sich in der Partei der Regionen verschanzt haben.

Während die Ukraine auf dem steinigen Weg zu einer demokratischen Ordnung quälend langsam voranschreitet, und noch Wochen brauchen wird, um einen neuen Ministerpräsidenten zu bestimmen, hat Putin bekannt gegeben, er werde in Zukunft statt Präsident möglicherweise Ministerpräsident in Russland sein. Jedenfalls entscheidet in Russland der Präsident über seine Nachfolge und nicht der Wähler, der lediglich akklamiert. Hier wird in großer Schärfe der Abstand in der Demokratieentwicklung deutlich.

Die labile Demokratie in der Ukraine braucht und verdient die Unterstützung des Westens. Es gab einen Aufbruch nach der Orangen Revolution. Dann ist er mit der verständlichen Enttäuschung über den orangen Niedergang versickert. Wenn die Westeuropäer und die Amerikaner sich jetzt zu politischen Signalen für eine demokratische Ukraine durchringen könnten, würden sie dem Land und sich selbst einen großen Dienst erweisen. Eine Politik der guten Nachbarschaft ist nicht genug.

Im Zickzack gen Europa: Zur Rolle der jüngsten Wahlen in der Nationalstaatsbildung und Demokratisierung der Ukraine

Dr. Andreas Umland, Nationale Taras-Schewtschenko-Universität Kiew

Die ukrainische Politik bleibt eine Fundgrube für Journalisten, Kommentatoren und Politologen. Seit den Herbstereignissen vor drei Jahren wandelt sich die politische Landschaft in der Ukraine mit atemberaubender Geschwindigkeit. Die Konstellationen, Optionen und Positionen der Akteure wechseln in beinahe monatlichem Rhythmus und sind nur schwer vorauszusagen. Gestern noch war die Sozialistische Partei der »Königsmacher« im Parlament; heute ist sie marginalisiert und ihre Zukunft

ungewiss. 2006 schien der ehemalige Präsidialamtschef und Parlamentspräsident Wolodimir Litwin seine politische Karriere beendet zu haben; heute schaut man mit Spannung, welche Rolle er in der Sechsten Werchowna Rada spielen wird. Vor einigen Wochen schien klar, dass Ministerpräsident Viktor Janukowitsch der unumstrittene Führer und künftige Präsidentschaftskandidat der Partei der Regionen ist; in den letzten Tagen wird öffentlich über mögliche Alternativen zu ihm nachgedacht.

Ich habe mich in einigen publizierten Prognosen bezüglich der politischen Entwicklung der Ukraine geirrt. Mir schien Juschtschenkos Auflösung des Parlaments im Frühjahr 2007 ein zu riskanter Schritt zu sein, der seinen Opponenten ein ganzes Arsenal mehr oder minder effektiver Gegenstrategien zur Verfügung stellen würde (Konfrontation, Verweigerung, Sabotage, Eskalation, gerichtliche Klagen, etc.). Inzwischen hat sich herausgestellt, dass Juschtschenko den »richtigen Riecher« hatte, die Reaktion des blauen Lagers zutreffend prognostiziert hat und offenbar die Stimmung seiner Landsleute gut fühlt. Zwar schnitt die ihm nahestehende Partei »Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes« prozentual nur geringfügig besser ab als »Unsere Ukraine« 2006 bzw. verlor in absoluten Zahlen sogar Stimmen gegenüber dem Vorjahr. Trotzdem ging das orange Lager insgesamt als Sieger aus den Wahlen hervor – wenn auch mit so knappem Ergebnis, dass Zweifel an der politischen Überlebensfähigkeit der inzwischen dritten orangen Koalition, die sich dieser Tage bildet, aufkommen. Wie auch immer: Während vor einem Jahr Juschtschenkos öffentliches Image zu verschwimmen schien, tritt er heute wieder klar als Staatsmann Nummer 1 der Ukraine in Erscheinung.

Aus meiner Sicht mindestens ebenso überraschend sowie für die Ukraine noch wichtiger (und positiver) waren die Entwicklungen der letzten Monate im blauen Lager. Zum einen hat Viktor Janukowitsch im Frühsommer dieses Jahres mit seiner beim Großteil seiner Anhänger unpopulären Zustimmung zu Neuwahlen als Mittel zur Lösung des politisch-verfassungsrechtlichen Patts einen wichtigen Schritt in Richtung Demokratieakzeptanz getan. Freilich mag der Hintergrund von Janukowitschs »Einknicken« gewesen sein, dass der hinter ihm stehende Clan von Achmetov und Co. einen möglichen Bürgerkrieg für – aus betriebs- und volkswirtschaftlicher Sicht – unvorteilhaft eingeschätzt hat. Nichtsdestoweniger müssen sich die Entscheidungsträger im blauen Lager im klaren gewesen sein, dass mit diesen Neuwahlen ein Präzedenzfall geschaffen wird, der die von den Blauen auch nach der orangen Revolution bevorzugte Taktik einer Manipulation des politischen Willensbildungsprozesses weiter entwertet. Zwar blieb den Blauen angesichts von Juschtschenkos »Alles oder Nichts« womöglich keine andere Wahl. Jedoch hat die Partei der Regionen in den Augen der Öffentlichkeit mit ihrer Zustimmung zu Neuwahlen in gewisser Hinsicht die Rechtmäßigkeit von Juschtschenkos scharfer Reaktion auf die Machenschaften des Achmetow-Clans in der Fünften Werchowna Rada anerkannt.

Zum anderen haben die Neuwahlen als solche eine erstaunlich positive, nämlich zentripetale Dynamik im Formierungsprozess des Spektrums der politischen Par-

teien ausgelöst. Während die para-revolutionären Ereignisse von 2004 – neben allen Verdiensten der »Revolutionäre« – auch geeignet waren, die Teilung des Landes in Ost und West zu vertiefen, hat der elektorale Wettbewerb das Land einigende Entwicklungen befördert. Nicht nur der Timoschenko-Block hat kräftig im ost- und südkrainischen Kernland der Partei der Regionen gewildert. Auch Janukowitsch kann 2007, wenn auch nur kleine, so doch durchgehende Verbesserungen seines Wahlergebnisses gegenüber 2006 in den klassisch orangen westukrainischen Wahlbezirken für sich verbuchen. Die beiden wichtigsten Akteure im ukrainischen Parlament haben damit einen ersten Schritt weg von Regional- hin zu gesamtukrainischen Parteien getan. Man ist versucht, sich nochmalige Neuwahlen zu wünschen, damit diese für die Nationalstaatsbildung der Ukraine wichtige Entwicklung weiter geht.

Was aus meiner Sicht die bedeutendste Entwicklung in der ukrainischen Politik der letzten Monate darstellt, ist die Verwandlung der Partei der Regionen in eine inzwischen klar EU-orientierte und sich zunehmend gesamtukrainisch-patriotisch gebende politische Kraft. Das grandiose Abschlusskonzert der Partei der Regionen am Vorabend der Wahlen auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz Ende September 2007 wirkte teilweise geradezu befremdlich: die Hand am Herzen, sangen die Politiker des blauen Lagers die ukrainische Nationalhymne mit einer Inbrunst, wie es die Orangen wohl nicht besser hätten machen können. Was auch immer die Motivation hinter diesem bemerkenswerten Imagewechsel gewesen sein mag: Sollte es Janukowitsch gelingen, nicht nur die ost- und südkrainischen Eliten, sondern auch seine dortige Wählerschaft in einen geeinten Nationalstaat Ukraine zu führen, so werden Historiker seine Rolle womöglich einst in günstigerem Licht sehen, als das heute meist in den westlichen Medien der Fall ist. Man könnte sogar provokativ behaupten, dass die Regionenpartei durch das öffentliche Aufgeben ihrer panslawistischen Positionen in den letzten Jahren stärker zu einer Europäisierung der Ukraine beigetragen hat, als einige unsensible Politiker aus Galizien. In bestimmten Fällen vertreten Repräsentanten der Westukraine einen (freilich auch im Baltikum und anderen postsowjetischen Staaten populären) Ethnozentrismus, der wenig mit dem Normenkatalog der heutigen EU zu tun hat, eher an populäre Weltbilder im Vorkriegseuropa erinnert und die Spaltung der Ukraine vertieft.

Fehleingeschätzt habe ich in diesem Zusammenhang Anfang 2007 auch die Folgen dieser sich damals schon abzeichnenden Bewegung der Regionenpartei hin zum politischen Zentrum. Mir schien, dass der proeuropäisch-patriotische Wandel der Blauen die »linke Flanke« des politischen Spektrums öffnen würde. Zwar hat

die Kommunistische Partei der Ukraine 2007 tatsächlich ihr Wahlergebnis gegenüber 2006 verbessern können. Doch hat dies womöglich mehr mit dem Niedergang der Sozialisten als der Verwandlung der Regionenpartei zu tun. Vor allem kam es nicht zum von mir befürchteten Eintritt von Natalja Witrenkos antisystemischer sog. Progressiv-Sozialistischer Partei in die Werchowna Rada. Obwohl Witrenkos Block 2006 mit 2,93 % nur knapp am Einzug ins Parlament gescheitert war, konnte ihre Partei 2007 nicht von der Entradikalisierung der Blauen profitieren, ja verlor mit einem Ergebnis von 1,32 % sogar noch erheblich an Zuspruch und wird nun womöglich von der politischen Landkarte der Ukraine verschwinden.

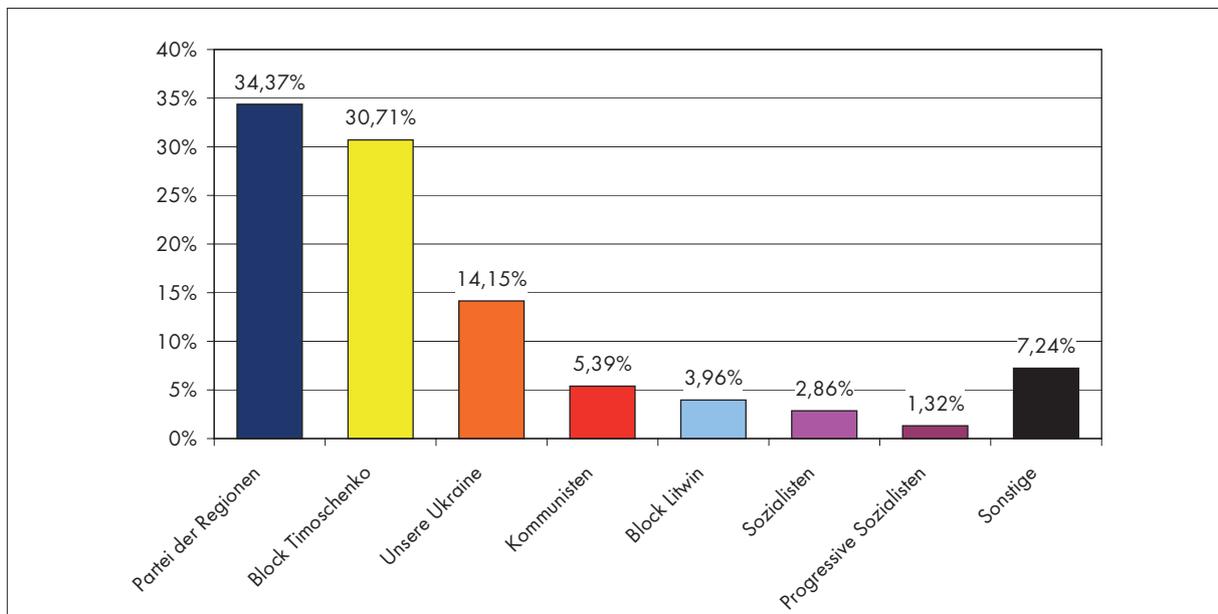
Der große Unbekannte in der Entwicklung der post-sowjetischen Ukraine war und bleibt Russland – weniger die Ukrainepolitik des Kremls *per se*, als die politische Entwicklung des großen Nachbarn insgesamt. Sollte der derzeit zu beobachtende jährliche Anstieg nationalistischer Tendenzen in der russischen Gesellschaft

in den kommenden Jahren anhalten, so wird sich Russlands Verhältnis zu vielen Ländern in Ost und West verschlechtern. Die Beziehungen zu denjenigen Staaten, die nicht unter dem Schirm der NATO stehen und an die Russland territoriale oder ähnliche Ansprüche stellt, werden hiervon besonders betroffen sein. Wie sich die russophonen Bevölkerungsteile der Ukraine im Falle einer Zuspitzung etwa eines ukrainisch-russischen Konflikts um die Zukunft des russischen Marinestützpunktes in Sewastopol verhalten werden, ist schwer vorherzusehen. Nicht weniger explosiv könnte eine konsequente Umsetzung der per Verfassung an und für sich vorgeschriebenen Einsprachigkeit in der Kommunikation der staatlichen Institutionen der Ukraine (Gerichte, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Verwaltungen etc.) werden. Dies würde unweigerlich – zumal ein nationalistisch aufgepeitschtes – Russland auf den Plan rufen. Die nähere Zukunft der Ukraine entscheidet sich heute weniger in Kiew, als in Moskau.

Dokumentation

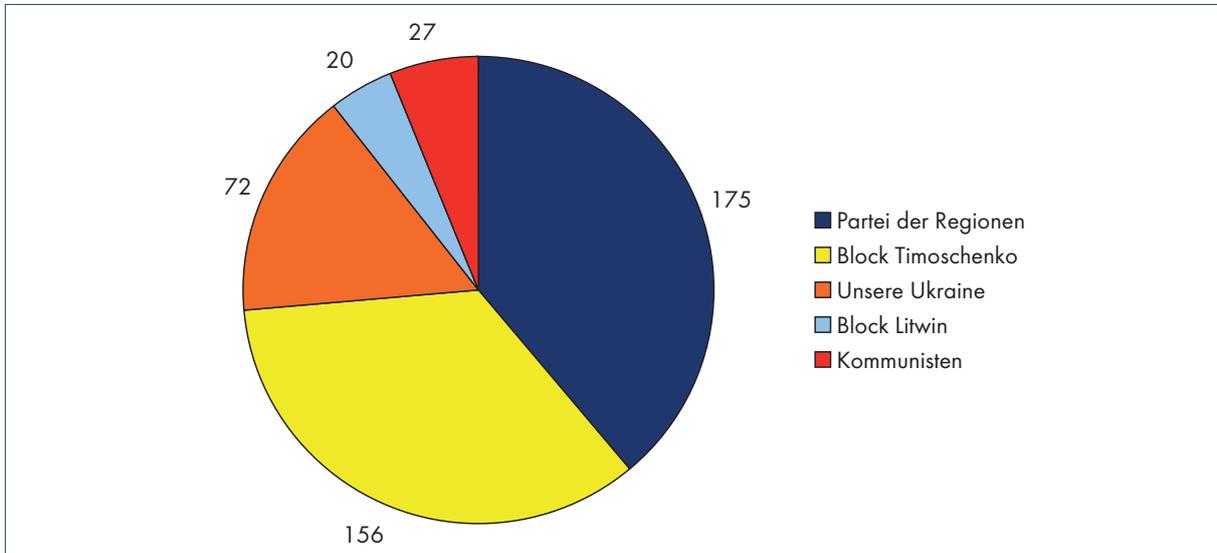
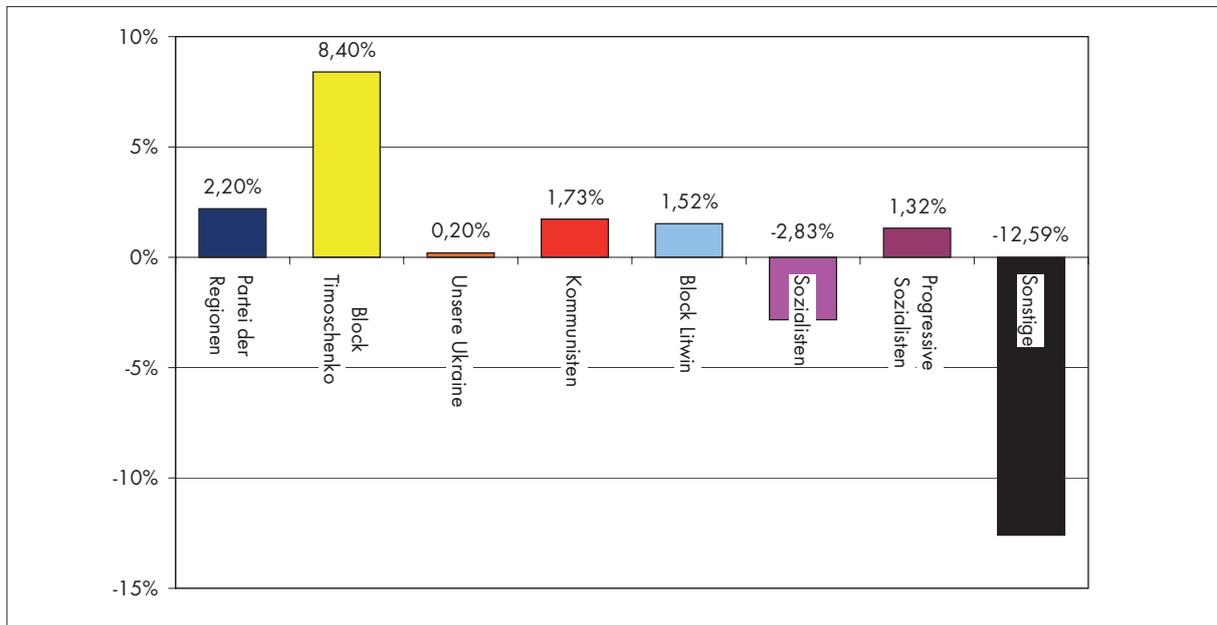
Das Wahlergebnis

Grafik 1: Das Endergebnis



Anmerkung: Wahlbeteiligung: 62 %.

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, <http://www.cvk.gov.ua/vnd2007/w6p001.html>

Grafik 2: Resultierende Fraktionsgrößen im Parlament

Grafik 3: Veränderung gegenüber den Parlamentswahlen 2006


Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, <http://www.cvk.gov.ua/vnd2007/w6p001.html> und <http://www.cvk.gov.ua/vnd2006/w6p001.html>

Chronik
Vom 8. bis 22. Oktober 2007

8.10.2007	Präsident Viktor Juschtschenko fordert bei einem Treffen mit den Parteivorsitzenden der Wahlsieger, dass innerhalb von fünf Tagen eine Regierungskoalition sowie ein Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten vorgeschlagen werden sollen.
11.10.2007	Präsident Viktor Juschtschenko erklärt auf einer Pressekonferenz in Bratislava, dass der Block Timoschenko und Unsere Ukraine eine Regierungskoalition formen werden. Die offizielle Bekanntgabe dieser Entscheidung werde aber erst nach der Feststellung des amtlichen Endergebnisses durch die Zentrale Wahlkommission erfolgen.
13.10.2007	Infolge einer Gasexplosion in einem Wohnhaus in Dnipropetrowsk sterben 23 Menschen. 17 weitere werden verletzt.
14.10.2007	Am kurzfristig von Präsident Viktor Juschtschenko verfügten offiziellen Gedenktag an die Gründung der ukrainischen Partisanenarmee UPA vor 65 Jahren wurden in mehreren Städten Gedenkmärsche organisiert. In Simferopol kam es dabei zu leichteren Zusammenstößen mit linken Gegendemonstranten. Bereits am Vortag war in Lwiw ein Denkmal für den Führer der Organisation Ukrainischer Nationalisten, Stepan Bandera, enthüllt worden.
15.10.2007	Die Zentrale Wahlkommission gibt das amtliche Endergebnis der vorgezogenen Parlamentswahlen vom 30. September bekannt. Danach erhielt die Partei der Regionen mit 34 % die meisten Stimmen, knapp vor dem Block Timoschenko mit 31 %. Es folgen Unsere Ukraine mit 14 %, die Kommunisten mit 5 % und der Block Litwin mit 4 %. Die Sozialisten scheitern knapp an der 3 %-Hürde. Das Oberste Verwaltungsgericht hatte zuvor eine Klage der Sozialisten gegen das Ergebnis abgelehnt. Das Gericht untersagt jedoch aufgrund einer Klage der Kommunisten anschließend die Publikation des Endergebnisses, womit dieses noch nicht rechtsverbindlich ist.
17.10.2007	Der Block Timoschenko und unsere Ukraine stellen ihre Koalitionsvereinbarung vor. Julia Timoschenko soll Ministerpräsidentin werden, Unsere Ukraine den Parlamentspräsidenten stellen. Jeder Koalitionspartner soll die Hälfte der Ministerposten erhalten. Vorrangige Gesetzesvorhaben sind die Neufassung des Gesetzes über die Regierung (Kompetenzverteilung zwischen Präsident, Regierung und Parlament), die Abschaffung der Abgeordnetenimmunität, das imperative Mandat (Verbot von Fraktionswechseln) und die Stärkung der lokalen Selbstverwaltung. Präsident Viktor Juschtschenko betont in separaten Interviews die Bedeutung der Militärreform und der Vorbereitung des NATO-Beitritts.
18.10.2007	Die Sozialistische Partei stellt eine Strafanzeige gegen die Zentrale Wahlkommission, da diese das amtliche Endergebnis zu früh veröffentlicht habe. Sozialisten und Kommunisten fordern gleichzeitig eine Wiederholung der Stimmenauszählung.
22.10.2007	In Reaktion auf eine Eingabe von Unsere Ukraine bekräftigt das Oberste Verwaltungsgericht sein vorläufiges Verbot der Publikation des amtlichen Endergebnisses der vorgezogenen Parlamentswahlen vom 30. September. Das neue Parlament kann erst nach der Publikation zusammentreten.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.ukraine-analysen.de

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de